

Jacqueline Fehr, SP-Vizepräsidentin

«Eine Monopolkasse ist effizienter»

Statt 80 soll es künftig nur noch eine Krankenversicherung geben. Jacqueline Fehr sagt, wie die SP der Einheitskasse zum Durchbruch verhelfen will.

INTERVIEW VON EVA NOVAK, BERN

Jacqueline Fehr, wie viel weniger Prämien müssten wir zahlen, wenn es statt der zurzeit über 80 nur eine einzige Krankenkasse gäbe?

Jacqueline Fehr*: Mit einer Einheitskasse könnten wir die Prämien den Kosten anpassen. Sie würden nur noch so viel steigen, um wie viel mehr wir wirklich konsumieren. Ich gehe davon aus, dass das etwa im Umfang des Wirtschaftswachstums von 1 bis 2 Prozent pro Jahr wäre. Damit würde endlich das Ziel erreicht, dass der Anteil in unserem privaten Haushaltsbudget, den wir für die Gesundheit aufwenden, nicht ständig grösser wird.

Mit einer Einheitskasse ist das möglich?

Fehr: Ja, wenn man sieht, was die Suva hinkriegt. Sie hat die Kosten unter Kontrolle und kann sie sogar im nächsten Jahr senken. Auch die Gebäudeversicherung zeigt, dass eine Monopolkasse effizienter ist als private Anbieter. Die Kantone mit staatlicher Gebäudeversicherung haben samt und sonders deutlich tiefere Prämien als jene mit einer privatisierten Gebäudeversicherung – und das über Jahrzehnte!

Eine schweizerische Krankenversicherungsanstalt – das klingt sozialistisch-nostalgisch angehaucht. Kämpfen Sie aus ideologischen Gründen dafür?

«Ständiges Wachstum liegt im Wesen des Wettbewerbs, die Innovation bleibt da auf der Strecke.»

JACQUELINE FEHR

Fehr: Eine Einheitskasse ist ein sehr modernes, weil effizientes und undogmatisches Konzept. Ideologisch sind jene, die am Pseudowettbewerb festhalten, obwohl die Praxis längst bewiesen hat, dass der Wettbewerb in der Grundversicherung nicht die gewünschten Effekte hat.

Welche hat er denn?

Fehr: Unseren Krankenkassen ist die Höhe der Gesamtkosten egal. Ihr Ziel ist nicht, sie zu senken, sondern besser zu sein als die Konkurrenz. Ständiges Wachstum liegt im Wesen des Wettbewerbs, die Innovation bleibt da auf der Strecke. 10 Prozent der Patientinnen und Patienten verursachen 75 Prozent der Kosten. Und doch hat keine Kasse das Interesse, in neue Modelle zur besseren Behandlung von Schwerkranken zu investieren, weil keine Kasse kranke Leute anziehen will. Länder mit einer Einheitskasse hingegen – und das

sind in Europa die meisten – haben in den letzten Jahren sehr stark in solche innovative Angebote investiert, die sich besser um die schwer kranken und damit teureren Patienten kümmern.

Trotz all dieser Vorteile ist die SP-Initiative für eine Einheitskasse vor zwei Jahren an den Urnen wuchtig abgeschmettert worden. Rechnen Sie sich jetzt wegen des gestiegenen Leidensdrucks mehr Chancen aus?

Fehr: Wir sind nicht zuletzt gescheitert, weil Bundesrat Couchepin versprach, er bekomme das Problem in den Griff. Jetzt herrscht breite Ernüchterung. Dass die Bereitschaft in der Bevölkerung für einen Systemwechsel steigt, zeigen die Reaktionen auf unsere Ankündigung. Die Chancen sind aber vor allem gestiegen, weil wir eine andere Initiative bringen werden. Wir werden keine einkommensabhängigen Prämien mehr fordern und auch den zweiten Schwachpunkt korrigieren: Diesmal möchten wir im Verfassungstext festschreiben, dass es weiterhin kantonal unterschiedliche Prämien gibt, die sich an den Kosten orientieren.

Sie haben die breite Koalition zusammengebracht, welcher wir die Mutterchaftsversicherung zu verdanken haben. Schwebt Ihnen bei der Einheitskasse Ähnliches vor?

Fehr: Ja, die Absicht ist, das Projekt breit abzustützen und es gemeinsam mit den Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu lancieren, die ebenfalls zum Schluss gekommen sind, dass man mit dem Kassenwettbewerb auf das falsche Ross gesetzt hat. Franz Steinegger und ich sind daran, einen Termin zu suchen, um gemeinsam über einen konkreten Verfassungstext zu brüten. Wichtig ist, dass am Ende Persönlichkeiten aus allen Landesteilen und allen politischen Lagern für die Idee hinstehen.

Wie wollen Sie verhindern, dass die Einheitskasse ein unkontrollierbarer, bürokratischer und teurer Moloch wird?

Fehr: Indem wir uns am Modell der Suva orientieren. Weil diese die Gesamtverantwortung hat und keinen Gewinn machen kann, hat sie gar kein Interesse daran, ein Moloch zu werden, und erzielt bessere Resultate als die privaten Versicherungen, die im Nicht-Monopolbereich tätig sind. Angespornt würde eine Einheitskasse dadurch, dass es weiterhin private Kassen im Zusatzversicherungsbereich gäbe. Mit diesen müsste sie sich bei den Tarifverhandlungen und beim Aushandeln der Medikamentenpreise messen.

Wie gross wären die Einsparungen?

Fehr: Allein bei den Medikamenten könnte eine Einheitskasse kraft ihrer Grösse mehrere hundert Millionen Franken herausholen. Dazu kommen Einsparungen durch die effizientere Organisation: Werbekosten, Managerlöhne, Ausgaben für Beiräte und Verwaltungsräte machen ebenfalls mehrere hundert Millionen Franken aus. Was es indessen weiterhin brauchen würde, sind all die Personen, welche die Rechnungen kontrollieren.



«Nicht die Angestellten der Krankenkassen werden überflüssig, nur der Überbau samt den teuren Palästen, die sich einzelne Kassen leisten», so Jacqueline Fehr. EQ

EXPRESS

- Die SP wagt einen zweiten Anlauf für die Einheitskrankenkasse.
- Dabei will sie keine einkommensabhängigen Prämien mehr fordern.

Es würden nicht mehr als ein paar hundert Arbeitsplätze verschwinden?

Fehr: Ja, höchstens – ausser die Leute würden weniger krank und es gäbe deutlich weniger Abrechnungen. Nicht die Angestellten der Krankenkassen werden überflüssig, nur der Überbau samt den teuren Palästen, die sich einzelne Kassen leisten.

Wie viel weniger Verwaltungskosten als die zurzeit 1,1 Milliarden Franken wären nötig?

Fehr: Ein Bruchteil würde reichen, wenn all die Provisionen für Makler, Verbandspublikationen, Kampagnen sowie die Wechselkosten wegfielen.

Werden die Kosten nicht nur am Anfang sinken, um später umso stärker zu steigen, weil die Kasse keinen Anreiz mehr hätte, günstiger zu sein?

Fehr: Die Erfahrungen mit den staatlichen Gebäudeversicherungen zeigen das Gegenteil. Entscheidend wird sein, ob wir einer solchen Einheitskasse wirklich die Kontrolle und damit auch die ökonomische Fallführung übertragen. Die Suva ist so erfolgreich, weil sie stark ist im Case-Management, also in der vernetzten Versorgung. Das erlaubt der Suva sogar, den Ärzten und den Spitälern etwas höhere Tarife zu gewähren. Hart auftreten könnte eine Einheitskasse bei den Medikamentenpreisen und den ärztlichen Hilfsmitteln, also dort, wo wir nach wie vor überhöhte Preise zahlen.

Und dies trägt dazu bei, dass die Kosten sinken werden?

Fehr: Kostensenkend wirkt, dass eine Einheitskasse fürs Ganze verantwortlich ist, von der Prävention bis zur Reintegration der Menschen. Dabei gilt die Regel: Je weniger Leistungen nötig sind, desto besser fürs Resultat. Bei den privaten Krankenversicherungen hingegen geht es nur darum, besser als die Konkurrenz zu sein. Dies führt zu einer ständigen Mengenausweitung. Die Verantwortung fürs Gesamtergebnis hat im jetzigen System niemand. Dies sind die Gründe, weshalb vergleichbare Länder mit einer Einheitskasse deutlich weniger als 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Gesundheit ausgeben. Bei uns sind es beinahe 12 Prozent.

Könnten wir das mit einer Einheitskasse auch schaffen, ohne den Leistungskatalog zusammenzustrichen?

Fehr: Ja, wenn wir uns auf Kosten und Innovationen konzentrieren. Leider machen das die privaten Krankenversicherungen bis heute nicht. Stattdessen ist ihr einziges Ziel, schlechte Risiken, also chronisch kranke Menschen, loszuwerden und möglichst viel junge gesunde Männer anzuwerben. 13 Jahre nach Einführung der obligatorischen Grundversicherung ist die Bilanz der privaten Krankenversicherungen gelinde gesagt ernüchternd.

Wann könnte Sie denn gemäss Ihrem Vorschlag besser werden?

Fehr: Unser Ziel ist, die Initiative im Frühsommer zu lancieren, wenn die nächste Prämienhöhung angekündigt wird. Selbst wenn wir dieses ehrgeizige Ziel erreichen, dauert es bis zur Umsetzung aber noch mindestens fünf Jahre. Deshalb müssen wir gleichzeitig weitere Reformen anpacken.

Und welche sind das?

Fehr: So muss der Bund bei der Spitalplanung und der Koordination der Spitzenmedizin das Heft stärker in die Hand nehmen und den Kantonen Vorgaben machen, bevor sie ihre Angebote weiter ausbauen. Dazu muss er einen Staatssekretär für Gesundheit ernennen, der die nötige Autorität hat, solche Prozesse voranzutreiben.

HINWEIS

► * Jacqueline Fehr (46) ist Vizepräsidentin der SP Schweiz. ◀

EINHEITSKASSE

SP wagt einen neuen Anlauf

Der erste Versuch endete in einem Desaster: Die Schweizer Stimmberechtigten lehnten am 11. März 2007 die vom «Mouvement Populaires des Familles» lancierte Initiative für «eine soziale Einheitskrankenkasse» mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 71 Prozent überaus deutlich ab.

Neben einer einzigen Krankenkasse für die Grundversicherung verlangte die Initiative auch, dass die Prämie nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten festgelegt wird. Darauf will die SP nun verzichten (siehe Interview oben).

Steinegger lanciert Diskussion

Zwei Jahre nach dem Nein zur Einheitskasse wurde die Diskussion um eine Einheitskasse allerdings nicht von den Linken lanciert, sondern von Franz Steinegger, dem ehemaligen FDP- und heutigen Präsi-

denten der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Suva). Der Wettbewerb zwischen den Versicherern sei teuer und ineffizient, sagte der Urner diese Woche in einem Interview mit dem Zürcher «Tages-Anzeiger». Es gehe nur darum, «gute Risiken wie junge Männer in die Kasse zu bekommen». Franz Steinegger schwebt stattdessen eine nicht gewinnorientierte Krankenkasse vor, die von den Versicherten selbst verwaltet würde.

Dies ist Wasser auf die Mühlen der SP. Sie hat in den letzten Wochen die Arbeiten aufgenommen, um eine Volksinitiative für eine Einheitskasse zu lancieren. Im Vordergrund steht mit der Einheitskasse ein nationales Institut, das vom Bund, von den Kantonen und weiteren Kreisen getragen wird und das über kantonale Anstalten verfügt. DOMINIK BUHOLZER